

Sachstandsbericht

- öffentlich -

Drucksache: VL-166/2018 5. Ergänzung

Fachbereich: Städtische Gremien / Organisation

Beratungsfolge	Termin
Stadtverordnetenversammlung	15.03.2019

Antrag der SPD-Fraktion vom 26. Juni 2018 betr. Schaffen von "Chill Out-Zonen" im Stadtgebiet

a) Erläuterung:

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde in der Stadtverordnetensitzung am 6. September 2018 beraten.

Der Beschluss lautete:

Der Magistrat wird beauftragt, die Möglichkeit der Schaffung sogenannter „Chill Out-Zonen“ im Stadtgebiet und in den Ortsteilen zu prüfen und hierzu ein Umsetzungskonzept vorzulegen.

Es wird vorgeschlagen, dies in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachausschuss, der Stadtjugendpflege und des Seniorenbeirates durchzuführen.

Der derzeitige Sachstand ist:

In der Sitzung des Lenkungskreises Kinder, Jugend, Soziales und Integration wurden Gespräche geführt, ob das Thema mit in das Projekt „Zukunft Stadtgrün“ eingebunden werden kann. Hier sind bereits verschiedene Projekte in der Umsetzung sowie in der Planung.

Jedoch kann erst im Jahr 2019 weiter geplant werden, da die Genehmigungen noch ausstehen. Diesbezüglich steht die Stadtjugendpflege mit der Bauverwaltung im ständigen Austausch.

Das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept zum Programm „Zukunft Stadtgrün“ liegt dem Ministerium zur Genehmigung vor. Entsprechende Projekte können erst nach ergangener Genehmigung konkretisiert werden.

Ein wichtiges Projektvorhaben ist hierbei die Umgestaltung des Stadtparks.

Jugendliche können hier einem partizipativen Diskurs als Betroffene zu Beteiligten werden. Die Stadtjugendpflege ist als Beteiligungs- und Informationsmultiplikator Mitglied der lokalen Partnerschaft für dieses Förderprogramm (vgl. SB- 22, Niederschrift 22. Stavo vom 31.01.2019)

(...)“ Die Umgestaltung des Stadtparks ist auch nach der Auffassung des Kriminalitätspräventionsrates ein wichtiger Bestandteil des integrierten Handlungskonzepts im Rahmen des Programms Stadtgrün. Die Umgestaltung des Parks soll die soziale Kontrolle und Sicherheit erhöhen. Hinsichtlich der Erarbeitung des integrierten Handlungskonzepts wird sich der Kriminalitätspräventionsrat von der Polizei beraten lassen damit sämtliche Belange der Sicherheit in das Konzept mit einfließen.“ (...)

S. Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 08.11.2019 , 8.1

In diesem Kontext wurde auch die Sicherheitsinitiative „KOMPASS“ im Kriminalitätspräventionsrat erläutert und die Teilnahme als hilfreich erachtet um lokale Aufenthaltsqualitäten im öffentlichen Raum unter all diesen Aspekten zu betrachten und in der Umsetzung zu berücksichtigen.